



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Florian Siekmann, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Gisela Sengl** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

### **Echte Europäische Solidarität darf nicht beim Haushalt enden**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass die Corona-Pandemie eine globale Krise ist, von der die gesamte Europäische Union ausnahmslos betroffen ist. Alle Mitgliedstaaten sind unverschuldet in diese Krise geraten, einige wurden frühere und härter getroffen, insbesondere sie haben europäische Solidarität verdient. Ihre Erfahrungen im Umgang mit dem Virus haben den übrigen Staaten einen wertvollen Vorsprung bei der Eindämmung und Risikobewertung verschafft und so Menschenleben gerettet.

Der Landtag fordert die Staatsregierung auf, im Interesse der europäischen Solidarität, die Einrichtung eines Wiederaufbaufonds der EU zu unterstützen. Der Fonds soll mit einem Mindestvolumen von 1.000 Mrd. Euro ausgestattet und gemeinschaftlich finanziert werden. Die Auszahlungen sollen nicht allein durch Kredite, sondern überwiegend durch Zuschüsse und EU-Programme erfolgen, die sich am tatsächlichen Bedarf orientieren. Die Auszahlungsprogramme des Fonds sind am Pariser Klimaschutzabkommen und den Planungen zum Green Deal auszurichten.

Weiterhin fordert der Landtag die Staatsregierung auf, im Interesse der europäischen Solidarität gegenüber dem Bund bei den Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen der EU auf höhere Beiträge der Mitgliedstaaten hinzuwirken. Die Position der Mitgliedstaaten sollte sich der bisherigen des Europäischen Parlaments von 1,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts ohne den oben beschriebenen Wiederaufbaufonds annähern.

### **Begründung:**

Das Corona-Virus orientiert sich nicht an Grenzen. Die besonders betroffenen Mitgliedstaaten in Europa sind unverschuldet in diese Lage geraten, mitunter haben Fehlentscheidungen in einem Mitgliedstaat (z. B. Ischgl) sogar zu stärkeren Infektionszahlen in anderen Mitgliedstaaten geführt. Es ist daher ein Gebot der europäischen Solidarität auch finanziell in dieser Krise zusammenzustehen, sowohl um Menschenleben zu retten, als auch um wirtschaftliche Erholung zu ermöglichen.

Die Ausbreitung des Corona-Virus und die damit einhergehenden Eindämmungsmaßnahmen wirken als symmetrischer Schock auf die Wirtschaft im gesamten Binnenmarkt. Auf diesen symmetrischen Schock braucht es eine gemeinsame europäische Antwort, die auch gemeinsam finanziert wird. Es liegt im Eigeninteresse Deutschlands und Bayerns, dass alle Mitgliedstaaten in der Lage sind, eine ausreichende Antwort auf den Schock zu geben.

Diese Antwort muss ausreichend schlagkräftig sein, um innerhalb des Binnenmarktes eine Wirkung entfalten zu können und damit Unternehmen und Arbeitsplätze zu schützen. Das vorgeschlagene Mindestvolumen des Wiederaufbaufonds orientiert sich etwas

oberhalb von 5 Prozent des BIPs der Europäischen Union. Um besonders betroffenen Mitgliedstaaten in einer haushaltspolitisch angespannten Situation eine angemessene Antwort auf die Krise zu ermöglichen und ihre Schulden tragfähigkeit nicht zu überlasten, sollen die Mittel des Fonds nicht nur als Kredite, sondern vor allem als Zuschüsse und EU-Programme nach Maß der Betroffenheit gewährt werden. Die bisher beschlossenen europäischen Hilfen (ESM, EIB, Sure) werden lediglich in Kreditform ausgegeben und belasten damit die Schulden tragfähigkeit der Staaten bzw. die Eigenkapitalbasis der Unternehmen und Sozialversicherungen.

Die engen wirtschaftlichen Verflechtungen und Abhängigkeiten innerhalb der EU lassen sich leicht am Beispiel Italien und Bayern aufzeigen: Italien ist gemessen am Handelsvolumen Bayerns viertgrößter Handelspartner, innerhalb der EU nach Österreich sogar auf dem zweiten Platz. Importe und Exporte zeigen die enge Verflechtung der modernen „just in time“ Produktion. Über 3 000 bayerische Unternehmen unterhalten Geschäftsbeziehungen nach Italien und sind für ihre Produktion teils auf Zulieferung angewiesen. Bei den ausländischen Investitionen in Bayern liegt Italien sogar auf Rang eins.

Entscheidend ist, dass die Mittel eines Wiederaufbaufonds auch die Klimakrise berücksichtigen. Die mit den Investitionen des Wiederaufbaufonds verbundene Neuausrichtung der Wirtschaft muss genutzt werden, um sie fit für weitere Zukunftsherausforderungen nach der Corona-Krise zu machen.

Im World Economic Outlook des Internationalen Währungsfonds wird deutlich auf eine drohende Rezession hingewiesen, die auch mit einer erheblichen Zunahme der Arbeitslosigkeit in den besonders betroffenen Staaten, insbesondere Spanien, verbunden ist. Massenarbeitslosigkeit und Jugendarbeitslosigkeit belasten den gesamten europäischen Arbeitsmarkt, von dem auch Bayern durch die höhere Verfügbarkeit gut ausgebildeter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer profitiert. Durch hohe Jugendarbeitslosigkeit wird jungen Menschen die Qualifizierungsgrundlage entzogen, sie finden später nur schwer in den Arbeitsmarkt zurück.